



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Franz Schindler, Horst Arnold, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter, Harald Güller, Dr. Linus Förster, Dr. Simone Strohmayer, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 17/1781

Ermittlungsverfahren wegen Abrechnungsbetrugs

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen umgehend und umfassend zu berichten, ob Medienberichte zutreffen, dass die Staatsanwaltschaft Augsburg mit Wissen des Justizministeriums und der zuständigen Generalstaatsanwaltschaft zehntausende Ärzte unbehelligt gelassen habe, gegen die das Bayerische Landeskriminalamt seit 2006 wegen Abrechnungsbetrugs bei Laborleistungen ermittelt hatte.

Hierbei ist insbesondere auch auf die Vorwürfe einzugehen, dass die Justiz die Ermittlungen des LKA behindert habe, dass annähernd zehntausend Ermittlungsverfahren aufgrund der Untätigkeit der Behörde mittlerweile verjährt seien und dass sich Rückforderungsansprüche, die bei Patienten und Krankenversicherungen wegen möglicher falscher Abrechnungen entstanden sein könnten, auf rund eine halbe Milliarde Euro belaufen sollen.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident